



18. Deutscher Verwaltungsgerichtstag Hamburg 2016

Hamburg, den 3. Juni 2016

18. Deutscher Verwaltungsgerichtstag beendet

Heute ging in Hamburg der 18. Deutsche Verwaltungsgerichtstag zu Ende. An drei Tagen diskutierten rund 1.000 Teilnehmer aus Justiz, Verwaltung, Anwaltschaft und Wissenschaft in 13 Arbeitskreisen aktuelle rechtliche und rechtspolitische Themen aus dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht.

Zu **aktuellen Problemen des Versammlungsrechts** referierte der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, **Hans-Jürgen Papier**. Er kritisierte, dass die Versammlungsfreiheit in den Medien und in der Politik nicht die gebotene Wertschätzung erfahre. Dies sei bei politisch „anstößigen“ Versammlungen augenfällig. Hier komme den Verwaltungsgerichten die wichtige Aufgabe zu, rechtsstaatliche Standfestigkeit zu zeigen.

Im Arbeitskreis zur **menschenrechtsgerechten Zuordnung von Flüchtlingsverantwortung in Europa** waren die Teilnehmer darin einig, dass das geltende Dublin-Verfahren gescheitert ist. Die Teilnehmer zeigten sich allerdings skeptisch, dass der Entwurf einer Neuausrichtung des Dublin-Systems („Dublin IV“) zusammen mit dem EU-Türkei-Deal zum Flüchtlingsrecht geeignet ist, eine gerechte Zuordnung der Flüchtlingsverantwortung in Europa zu erreichen.

Zur **schulischen Inklusion** referierte **Johannes Rux**. Er zeigte die Folgen einer individuellen Ausrichtung von Bildungszielen und einer Abweichung von allgemeingültigen Leistungsstandards auf. Letztlich werde durch die konsequente Umsetzung des Inklusionsprinzips das Fundament des gegliederten Schulsystems in Frage gestellt. Rux warb angesichts der zersplitterten Zuständigkeiten im Bildungs- und Sozialrecht zudem für eine Neuordnung der Bildungsfinanzierung. Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Schul- und Sozialleistungsträgern dürften nicht auf Kosten der förderbedürftigen Kinder gehen.

In einem weiteren Arbeitskreis diskutierten die Teilnehmer die Notwendigkeit einer **Neujustierung der Demokratie**. Überwiegend kritisch wurde dabei das Einfügen von Elementen direkter Demokratie gesehen.

Robert Seegmüller, Vorsitzender des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter, zog ein positives Fazit: „Die Tagung war ein großer Erfolg. Die Referate und lebhaften Diskussionen haben gezeigt, dass die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung zentrale gesellschaftliche Themen betrifft. Die Richterinnen und Richter der Verwaltungsgerichte sind sich der sich hieraus ergebenden Verantwortung bewusst.“

Kontakt:

RiOVG Dr. Andreas Lambiris
- Pressesprecher des 18. Deutschen Verwaltungsgerichtstags in Hamburg -
Hamburgisches Oberverwaltungsgericht
Lübeckertordamm 4
20099 Hamburg
Tel.: 040/42843-7691
E-Mail: Andreas.Lambiris@ovg.justiz.hamburg.de

